Appelle zum Frieden : Resolution des Nationalen Vorstandes der IFFF zur amerikanischen Politik gegenüber China (12. Februar 1967)

Autor(en): **Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (amerikanische Sektion)**
Objekttyp: **Postface**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **61 (1967)**

Heft 5

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Resolution des Nationalen Vorstandes der IFFF zur amerikanischen Politik gegenüber China

(12. Februar 1967)

An den Präsidenten der USA,
den Staatssekretär,
und Senator William Fulbright, Präsident des Senatsausschusses für Aussenpolitik.

Der Landesvorstand der amerikanischen Sektion der IFFF hat sich an seiner Zusammenkunft in Philadelphia mit der Schaffung einer Politik gegenseitigen Vertrauens und der Freundschaft zwischen der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten befasst. Wir glauben, dass es trotz den gegenwärtigen Unruhen in jenem Land heute möglich ist, positive Massnahmen zu ergreifen um

1. einen militärischen Zusammenstoss mit der Volksrepublik China zu vermeiden, und
2. Massnahmen zu treffen, für die Herstellung diplomatischer Beziehungen, wie für die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen.

Wenn wir auch kürzlich abgegebene Erklärungen des Präsidenten wie des Staatssekretärs, die ihre Bereitwilligkeit zu engeren Kontakten zwischen der USA und China ausdrückten, begrüssen, so behaupten wir nach wie vor, dass diese politische Kursänderung einige der Grundursachen für die Feindschaft zwischen den beiden Nationen ausser Acht lässt und dadurch den Ausbruch eines Krieges gefährlich erleichtert.

Wir sind überzeugt, dass die Vorbedingungen für diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik China darin bestehen, dass *der Krieg in Vietnam beendet wird,* dass *die amerikanischen, militärischen Kräfte aus Asien zurückgezogen werden,* und dass *wir auf die angekündigte Politik der Bereitschaft, jederzeit unsere militärische Macht einzusetzen, um Völker gegen kommunistische Aggression zu schützen, verzichten.*

Auf Grund dieser Vorbedingungen schlagen wir vor, dass unsere Regierung

1. deutlich erklärt, dass sie sich auf keine Weise in die nationalen Angelegenheiten der Volksrepublik China einmischen wird;

2. darauf besteht, dass National-China seine militärischen Kräfte von den China vorgelagerten Inseln zurückzieht und mit den militärischen Drohungen und Raids gegen das chinesische Festland Schluss macht;

3. die Handelseinschränkungen inbezug auf nichtstrategische Waren aufhebt;

4. bekannt gibt, dass die USA bereit sind, ihr Wissen und ihre technischen Fähigkeiten auf Gebieten wie Medizin, Landwirtschaft, usw. mit Volkschina auszutauschen;

5. Einschränkungen für Ein- und Ausreisen nach und von der Volksrepublik China aufhebt;

6. in Massnahmen zur Abrüstung mit der Volksrepublik China zusammenarbeitet;

7. ihre Bereitwilligkeit bekannt gibt, diplomatische Unterhandlungen mit dem Ziel der Anerkennung der Volksrepublik China zu führen;

8. den Widerstand gegen die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen aufgibt.

Es ist uns klar, dass zunächst keine Reaktion auf diese Initiative erfolgen mag, denn die Wunden, die China durch die langjährige Demütigung von Seiten der Westmächte, wie auch durch den amerikanischen Versuch, die Volksrepublik China zu isolieren, geschlagen wurden, werden nicht so schnell heilen. Wir glauben aber, dass die oben skizzierte Politik dazu beitragen wird, offene Feindseligkeiten zu vermeiden und nach und nach zu einer Periode der Zusammenarbeit führen wird.

Begegnung in Beinrode

In den Tagen vom 4. bis 6. April 1967 fand im Haus der helfenden Hände in Beinrode bei Helmstedt unter Leitung von Pfarrer Martin Schröter, Dortmund, eine Begegnung von Vertretern der Regionalausschüsse der Christlichen Friedenskonferenz in der DDR und in der Bundesrepublik statt, an der auch Mitglieder des Westberliner Arbeitskreises der CFK teilnahmen. Als Gäste waren anwesend Prof. Georges Casalis, Paris, als einer der Vizepräsidenten der Christlichen Friedenskonferenz und der Generalsekretär der CFK, Pfarrer Dr. Jaroslav N. Ondra, Prag.

Die Beinroder Begegnung war die Fortsetzung eines Gesprächs über die Deutschlandfrage, das vor zwei Jahren mit einer ähnlichen Aussprache in Züssow bei Greifswald begann. Referenten in Beinrode waren: Hannelore Hansch, Karlsruhe, Andreas von Schubert, Grünhaus bei Trier, Klaus Ehrler M. A., Westberlin, und Prof. Dr. Gerhard Bassarak, Berlin-Halle.

Das Ergebnis des Gesprächs wurde in einigen Sätzen niedergelegt, die nach eingehender Diskussion im Plenum einmütig angenommen wurden. Im Auftrag der Gesprächsteilnehmer übergeben wir diese Sätze auch der Öffentlichkeit. Da sie ein einheitliches Ganzes bilden, bitten wir, sie nur im vollen Wortlaut nachzudrucken.